

Bei Risiken und Nebenwirkungen ...

Die Schweinegrippe wurde extrem mediatisiert. Dennoch hat die Übermediatisierung die Sache nicht durchsichtiger gemacht. Besonders die Rolle der Pharmakonzerne wirft Fragen auf. Aber auch das Verhalten der politischen Verantwortlichen stimmt nachdenklich. Die bereits angelaufenen „Massenimpfungen“ stellen in ihrer Art eine Premiere in Luxemburg (und auch in anderen Teilen der Welt) dar, die von manchen Spekulationen umschwirrt wird. Ein kritischer Aufriss eines komplexen Themas.

Kyra
Fischbach

Umgang mit Risiken

Die Unsicherheit der Regierung in der Impfungsfrage wurde vor allem an der Prioritätsgruppe „schwängere Frauen“ deutlich. Sogar das *Luxemburger Wort* wies auf die Unstimmigkeiten zwischen den Aussagen des Gesundheitsministeriums und dem tatsächlichen Erkenntnisstand hin. Die Zusatzstoffe, die dem Impfstoff Pandemrix der Firma GlaxoSmithKline beigefügt wurden, scheinen Nebenwirkungen auszulösen, die besonders für Schwangere gefährlich werden können. Der Minister blieb dabei: Schwangere Frauen sollen sich impfen lassen. Die Einwände, die es von etlichen Seiten und besonders aus dem Ausland gab, wurden zuerst einmal vom Tisch gefegt. Nach einer Weile kam dann der Rückzieher: Der Risikogruppe wird eine von Zusatzstoffen freie Impfdose verabreicht. Dennoch hat die kurze Debatte gezeigt, wie wenig über den Impfstoff bekannt war und wie die Autoritäten damit umgehen. Das mag auch der Grund sein, warum die Impfzentren nicht den gewünschten Andrang haben.

Die Regierung hatte bereits 2006, zum Zeitpunkt der Vogelgrippe, einen Grippe-Pandemie-Notfallplan ausgearbeitet. Es gibt sogar Stimmen die behaupten, damals seien schon Verträge mit den Pharmakonzernen ausgearbeitet worden. Fest steht, dass die Regierung vor einigen Monaten 700 000 Impfdosen eingekauft hat und darauf gesetzt hat, dass viele Menschen sich impfen lassen wollen.

Die Kampagnen des Gesundheitsministeriums wurden mit dem Anspruch angesetzt, keine Panik

in der Bevölkerung auszulösen. Klarheit hat die Kampagne sicherlich nicht unbedingt gebracht. Kritische Bemerkung über die Rolle der Pharma-Multis suchte man vergeblich in den hiesigen Zeitungen: große Tageszeitungen aus dem Ausland ließen es sich hingegen nicht nehmen, auch diesen Aspekt zu beleuchten.

Obwohl in einer ersten Phase nur Risikofälle geimpft werden sollten, öffneten sich am 29. Oktober die Türen der Impfzentren bereits für alle. Der erwartete Andrang, oder muss man in diesem Fall sagen „erwünschte“ Andrang, hatte demnach nicht stattgefunden. Freiwillige Mitarbeiter wurden in den Tagen davor auf dem Geesecknappchen schon Stunden vor Feierabend nach Hause geschickt.

Wem glauben schenken?

Die Lage des Bürgers ist verzwickelt. Er befindet sich zwischen Regierungskommunikation und Spekulationen bzw. Gegeninformationen. Einerseits gibt es die Medien, andererseits die Regierung und ab und an einige kritische Stimmen: Wie soll man sich da zurecht finden?

Anlässlich einer Pressekonferenz bat der Gesundheitsminister um Nachsicht, die Journalisten sollten doch „indulgent“ sein, das Ganze sei eine Premiere. Die Verantwortlichen zählen darauf, dass die Presse sie dabei unterstützt, die Bevölkerung in Sicherheit zu wiegen. Die Vorbereitungen wurden nach dem „worst case scenario“ geplant, d. h. man hat sich von öffentlicher Seite auf das Schlimmste eingestellt. Die Presse trage ihren Teil dazu bei,

Die Lage des Bürgers ist verzwickelt. Er befindet sich zwischen Regierungskommunikation und Spekulationen bzw. Gegeninformationen.

dass keine Panik in der Öffentlichkeit entstehe. Ist die Rolle der Presse nicht eine ganz andere: Hintergründe offenlegen, die Strategie der Regierung hinterfragen und sich nicht für dumm verkaufen lassen.

Es zirkulieren E-Mails, vermutlich weltweit: Warnungen vor Panikmache und den Impfungen, die die Menschen aufrufen, sich davon nicht einschüchtern zu lassen. Wissen ist Macht. In diesem Fall bleibt der Bürger allein mit seinen Fragen und dem Gefühl, dass er sich auf diesem Gebiet nicht ausreichend auskennt und somit begibt er sich mit seinen Ängsten gegenüber einer angekündigten Pandemie in die Arme der Regierung oder wer sonst noch seine Hand ausstreckt. Selber denken auf einem Gebiet, in dem man im Grunde genommen Laie ist, gelingt den meisten nicht. Ob der Staat diese Rolle einnehmen kann, bleibt fragwürdig, da die Beratung sehr einseitig erscheint. In anderen Ländern kamen bereits berechtigte Zweifel an die Öffentlichkeit. Die Stimmen die sich kritisch dazu äußern, sind in Luxemburg noch ganz leise bzw. nicht hörbar. Die Presse in Luxemburg jedenfalls nimmt's gelassen und scheint sich an den Widersprüchen in der Impfdebatte nicht sonderlich zu stören, sie berichtet lieber über den Ablauf der Impfungen. Allein die politische Partei déi Gréng haben sich bis jetzt wirklich kritisch mit dem Thema auseinandergesetzt und die dubiose Rolle der Pharmakonzerne angesprochen.

In der nationalen Debatte hat sich jedenfalls gezeigt, dass die Bevölkerung die Notwendigkeit, sich einer Impfung zu unterziehen, nicht unbedingt einsieht, die Umfragen sind eindeutig ausgefallen: Lediglich 7% der 16- bis 64-Jährigen wollen sich laut TNS-Ilres hierzulande impfen lassen. Was hat die Menschen zu dieser Entscheidung bewogen? Ist es die unklare Kampagne der Regierung? Oder die bislang geringe Ausbreitung der Schweinegrippe? Und wie groß ist das Risiko? Willen die

Experten, dass wir das Denken beiseite lassen und ihnen blinden Glauben schenken?

Ein schwedische Studie zu den Impfnebenwirkungen von Pandemrix wurde kürzlich öffentlich gemacht und es kam heraus, dass es die befürchteten Nebenwirkungen tatsächlich gibt. Dies zeigt, dass die Befürchtungen vor akuten Nebenwirkungen nicht aus der Luft gegriffen waren und die Zulassungsstudien bei weitem nicht ausreichen.

Die Impfung als Geschäft

Dass die Pharmakonzerne keine Unschuldslämmer sind, ist seit längerem bekannt. Die Firma Baxter etwa soll im Zusammenhang mit der Schweinegrippe versucht haben, eine Ladung infizierter Impfdosen an den Mann zu kriegen.

Unsere Regierung kaufte jedoch bei GlaxoSmith-Kline und ging damit einen Vertrag mit dem Konzern ein mit einer sogenannten Nichthaftungsklausel. Auf Nachfrage bestätigte das Ministerium, dass die Verträge mit den Impfstellern diese Klausel enthalten und diese demnach von der Haftung freigestellt sind. Das Argument der Regierung, einen solchen Vertrag einzugehen: Alle Regierungen hätten einen solchen Vertrag unterschrieben. Luxemburg also auch. Klar scheint jedenfalls, dass die Hersteller dabei am längeren Hebel saßen. Es sieht also ganz so aus, als ob die Impfsteller die Verträge mit den Regierungen gemacht haben und nicht umgekehrt. Jetzt müssen die Regierungen ihre Impfdosen unters Volk kriegen. Und wir können uns fragen, warum die Pharmakonzerne keine Verantwortung für ihre Produkte übernehmen wollen ...

Egal wie man auch immer das Verhältnis Grippe-Pharmakonzerne-Politik bewertet – feststeht, dass die Grippe ein Riesengeschäft für die Konzerne ist. ♦

In der nationalen Debatte hat sich gezeigt, dass die Bevölkerung die Notwendigkeit, sich einer Impfung zu unterziehen.

